



## III. Gekommen, um zu bleiben – Deutschlands Engagement im Indo-Pazifik: Mehr Freihandel wagen

*Alexander Badenheim, Arbeitskreis Junge Außenpolitiker*

- › Der Indo-Pazifik hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer der am stärksten und schnellsten wachsenden Wirtschaftsregionen der Welt entwickelt. Angesichts der bedeutenden wirtschaftlichen und geostrategischen Vorzüge des Freihandels sollte Deutschland sich innerhalb der EU stärker für eine Ausweitung des Freihandels im Indo-Pazifik einsetzen und einen schnelleren Abschluss von Verhandlungen über Freihandelsabkommen anstreben.
- › Durch den sehr starken Fokus der neuen EU-Handelsstrategie auf das Thema Nachhaltigkeit steigt die Gefahr der Überfrachtung der Handelspolitik, die dringend vermieden werden sollte. Natürlich muss verhindert werden, dass ein Zuwachs an Freihandel zur Unterwanderung geltender Umwelt- und Sozialstandards führt. Allerdings birgt die Anlegung von sehr hohen Standards in der Handelspolitik, die über die geltenden internationalen Abkommen hinausgehen, die Gefahr, dass Freihandelsabkommen nicht zu Stande kommen und die EU dadurch jegliche Einflussmöglichkeiten verliert.
- › Deutschland sollte sich innerhalb der EU dafür einsetzen, dass Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Wertepartnern wie Australien und Neuseeland schnell zum Abschluss gebracht werden.

## Inhaltsverzeichnis

Bedeutung des Freihandels im Indo-Pazifik für die EU .....	2
Neue EU-Handelsstrategie: Gefahr der Überfrachtung .....	4
Die EU hat viel zu verlieren .....	5
Wofür sich Deutschland innerhalb der EU einsetzen sollte .....	5
Impressum .....	10

Die wirtschaftliche und strategische Bedeutung des Indo-Pazifiks ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. So gilt der Raum als eine der dynamischsten Regionen der Welt mit einer überdurchschnittlich jungen Bevölkerung und rasant wachsenden Märkten. Einige der weltweit wichtigsten Handels- und Seerouten führen durch diese globale Schlüsselregion. Gleichzeitig ist die Region zu einem Schauplatz geopolitischer Rivalitäten, zunehmender Militarisierung sowie territorialer Streitigkeiten geworden und entwickelt sich mehr und mehr zu einem Pulverfass. Durch den wachsenden regionalen sowie globalen Gestaltungsanspruch Chinas und durch das expansive Vorgehen der Volksrepublik haben die Spannungen mit den USA, aber auch mit mehreren Staaten in der Region in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Der Indo-Pazifik ist verstärkt ins Blickfeld der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gerückt, und mit der Verabschiedung der Indo-Pazifik-Leitlinien im September 2020 hat Deutschland ein klares Bekenntnis für mehr Engagement mit den Anrainerstaaten vorgelegt und angekündigt, sich stärker für seine Interessen in diesem Raum einzusetzen. Der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich in einer Reihe von Hintergrundgesprächen mit Experten und Expertinnen – insbesondere aus der Region – damit beschäftigt, welche Erwartungen die Partner im Indo-Pazifik an die deutsche Rolle haben und wie die Leitlinien mit Leben gefüllt werden können. In drei Papieren machen die Autoren des Arbeitskreis Junge Außenpolitiker konkrete Vorschläge, wie Deutschland sein Engagement in der Region in den Feldern (I) Rohstoff-, (II) Sicherheits- und (III) Handelspolitik ausbauen kann. In diesem dritten Papier argumentiert Alexander Badenheim für mehr Freihandel der EU mit den Ländern im Indo-Pazifik und mahnt, dass die Handelspolitik nicht überfrachtet werden sollte.

## Bedeutung des Freihandels im Indo-Pazifik für die EU

Der Indo-Pazifik hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer der am stärksten und schnellsten wachsenden Wirtschaftsregionen der Welt entwickelt. In etwa 20 Jahren wird die Region voraussichtlich für die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) stehen. Mit der *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP) wurde dort jüngst die größte Freihandelszone der Welt geschaffen. Deutschland ist in der Region wirtschaftlich bereits eng verflochten und der asiatische Kontinent ist hinter dem europäischen Binnenmarkt der größte Abnehmer deutscher Exporte. Gemessen am Umsatz (Exporte und Importe) waren im vergangenen Jahr elf von 20 der größten nicht europäischen Handelspartner Deutschlands Länder des Indo-Pazifik-Raumes.<sup>2</sup>

Mit einigen Ländern in der Region unterhält die Europäische Union seit wenigen Jahren Freihandelsabkommen. Das bisher umfangreichste bilaterale Handelsabkommen der EU im Indo-Pazifik wurde mit Japan verhandelt und trat 2019 in Kraft. Durch das Abkommen ist der Großteil der sich auf etwa eine Milliarde Euro pro Jahr belaufenden verbliebenen Importzölle für EU-Produkte nach Japan bereits weggefallen. Allein in den ersten zehn

EU unterhält mit einigen Staaten im Indo-Pazifik bereits Handelsabkommen.

Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens stiegen die EU-Exporte nach Japan um 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Es wird erwartet, dass das jährliche Handelsvolumen mit Japan um 36 Milliarden Euro steigt, sobald das Abkommen im Jahr 2035 vollumfassend angewendet wird.<sup>3</sup>

Ebenfalls 2019 trat das EU-Singapur-Freihandelsabkommen in Kraft, welches das erste Abkommen mit einem Mitgliedstaat des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) ist. Neben der Abschaffung fast aller Importzölle wurden unter anderem Erleichterungen beim gegenseitigen Marktzugang sowie ein besserer Schutz geistiger Eigentumsrechte vereinbart. Durch das Abkommen sollen zudem Handelsbarrieren im Bereich grüner Technologien abgebaut werden. Trotz der geringen Größe Singapurs ist der Stadtstaat zweitgrößter Handelspartner der EU innerhalb der ASEAN und stand im vergangenen Jahr auf Platz 16 der größten Handelspartner der EU – einen Platz hinter Vietnam. Mit der Sozialistischen Republik schloss die EU ebenfalls ein Freihandelsabkommen, welches 2020 in Kraft trat.

Welchen Zugewinn Freihandelsabkommen für den Waren- und Dienstleistungsaustausch der EU und somit auch Deutschlands bedeuten, zeigt im Indo-Pazifik eindrücklich das Abkommen mit Südkorea. Es trat vorläufig 2011 als erstes EU-Freihandelsabkommen mit einem asiatischen Land in Kraft und wurde 2015 ratifiziert. Seit Anwendung des Abkommens ist der bilaterale Handel zwischen der EU und Südkorea um über 50 Prozent gestiegen und damit fast doppelt so stark als mit Ländern ohne Handelsabkommen.<sup>4</sup> Da zu den meist exportierten EU-Produkten nach Südkorea Maschinen und chemische Produkte gehören, profitiert besonders Deutschland von dem nahezu zollfreien Warenaustausch. Südkorea belegt in Asien nach China den Rang als zweitgrößter Abnehmer deutscher Waren noch vor dem wirtschaftlich deutlich größeren Japan.<sup>5</sup>

Im Zuge der Abkommensverhandlungen werteten die EU und Südkorea ihre bilateralen Beziehungen zu einer strategischen Partnerschaft auf und unterzeichneten im Mai 2010 ein rechtlich an das Freihandelsabkommen gebundenes Rahmenabkommen, welches 2014 in Kraft trat. Es ist die Grundlage für eine stärkere Kooperation in zahlreichen wichtigen politischen Bereichen, zum Beispiel Menschenrechte, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismusbekämpfung, Klimawandel und Energiesicherheit.<sup>6</sup> Im Hinblick auf die Vernetzung der EU im asiatischen Raum wurde über das Freihandelsabkommen somit auch ein über den Handel hinausgehender Mehrwert erzielt.

Vor dem Hintergrund der in den Indo-Pazifik-Leitlinien der Bundesregierung beschriebenen zahlreichen angestrebten Kooperationen Deutschlands beziehungsweise der EU mit Südkorea in den Bereichen Sicherheitspolitik, Schlüsseltechnologien und digitale Transformation sollte die Bedeutung des Handelsabkommens daher nicht unterschätzt werden.<sup>7</sup> Hierüber konnten über die vergangenen zehn Jahre bereits gegenseitiges Vertrauen aufgebaut und Erfahrungen im Austausch miteinander gesammelt werden, wodurch die künftige Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen profitieren kann. Gerade in Zeiten, in denen Deutschland im Indo-Pazifik eine größere Rolle anstrebt und vor allem die dortigen Wertepartner enger an sich binden möchte, sind die Freihandelsabkommen ungeachtet der evidenten wirtschaftlichen Vorteile somit als Chance zu begreifen, die eigene Präsenz in der Region zu stärken.

Angesichts der wirtschaftlichen und geostrategischen Vorzüge des Freihandels sollte sich Deutschland innerhalb der EU stärker für eine Ausweitung des Freihandels im Indo-Pazifik einsetzen und einen schnelleren Abschluss von Verhandlungen über Freihandelsabkommen anstreben. Dies setzt voraus, dass Abkommen pragmatischer ausverhandelt und nicht mit Themen überfrachtet werden, die nicht direkt mit Handel in Verbindung stehen. Im Indo-

Bilateraler Handel zwischen EU und Südkorea um 50 Prozent gestiegen seit Anwendung des Handelsabkommens

---

Handelsabkommen als Grundlage für Zusammenarbeit in weiteren Bereichen

---

Wirtschaftliche und geostrategische Vorzüge des Freihandels

---

Pazifik sollten vor allem die bereits weit fortgeschrittenen Verhandlungen mit Wertepartnern wie Australien und Neuseeland schnellstmöglich abgeschlossen werden. Aber auch bei den Verhandlungen mit Indien und den ASEAN-Staaten sollte die EU auf zügige Fortschritte abzielen, um gemeinsam mit diesen Staaten für eine regelbasierte Welthandelsordnung einzutreten.

## Neue EU-Handelsstrategie: Gefahr der Überfrachtung

In diesem Zusammenhang ist es zunächst positiv zu bewerten, dass die EU-Kommission im Februar 2021 ihren Vorschlag für eine neue Handelsstrategie vorstellte. Die aktuelle Strategie geht auf das Jahr 2015 zurück. Seither haben sich im Hinblick auf die Bedeutung des Klimaschutzes und der Digitalisierung, aber vor allem durch den Hegemonialkonflikt zwischen den USA und China die Vorzeichen für den Welthandel stark verändert, sodass eine Überarbeitung der Strategie dringend notwendig war. Mit ihrem Konzept trägt die Kommission diesen Entwicklungen Rechnung. Die Reform der Welthandelsorganisation (WTO), der Ausbau der transatlantischen Partnerschaft, neue Regeln für den digitalen Handel sowie die Bekämpfung von Wettbewerbsverzerrungen sind wichtige Themen, zu denen sich in der Strategie gute Vorschläge finden. Auch zum Umgang mit China werden realistische Ansätze aufgezeigt. So wird zum Beispiel ein intensiver Austausch mit China auf bilateraler und multilateraler Ebene, etwa bei Themen wie der Reform der WTO, angeregt. Gleichzeitig möchte man eigene Instrumente entwickeln, um die Kerninteressen der EU vor den negativen Einflüssen des chinesischen staatskapitalistischen Systems zu schützen.

Neue Handelsstrategie war überfällig.

Allerdings lässt der Kommissionsvorschlag einige Fragen offen. So wird abgesehen von China kaum Bezug auf den asiatischen Kontinent genommen, geschweige denn konkrete Ansätze genannt, wie man seinen handelspolitischen Fußabdruck in der Region vergrößern und neue Absatzmärkte erschließen möchte. Angesichts der wirtschaftlichen und geopolitischen Bedeutung, die auch die EU dem Indo-Pazifik inzwischen beimisst, wäre eine stärkere Berücksichtigung der Region in den handelspolitischen Leitlinien zu erwarten gewesen. Darüber hinaus ist fraglich, wie angesichts des sehr starken Fokus, den die Kommission beim Abschluss neuer Handelsabkommen auf Nachhaltigkeitsthemen legen möchte, der Abschluss entsprechender Abkommen überhaupt möglich sein wird. So möchte man nicht nur alle zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu unterstützen, sondern auch Fragen der Geschlechtergleichheit in der Handelspolitik stärker adressieren. So wichtig diese Themen und ihre internationale Verbreitung auch sind, es kann nicht der Anspruch an die Handelspolitik sein, sämtliche bestehenden Probleme und Defizite zu lösen.

Hohe Umwelt- und Sozialstandards seitens der EU als Hürde für weitere Handelsabkommen

Natürlich muss vermieden werden, dass ein Zuwachs an Freihandel zu massiven Umweltschäden von globaler Auswirkung wie der Abholzung des Regenwaldes oder der Missachtung von grundlegenden Menschenrechten führt. Zu kritischen Mindeststandards, zum Beispiel im Bereich von Arbeitsrechten, verpflichten sich die meisten Länder bereits durch die Ratifizierung der ILO-Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation. Entsprechende Standards sollten in EU-Freihandelsabkommen natürlich nicht unterlaufen werden. Die Förderung darüberhinausgehender Standards sollte seitens der EU allerdings stärker abhängig vom Entwicklungsgrad und der Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Länder betrachtet werden. Gerade im Hinblick auf Entwicklungs- und Schwellenländer besteht die Gefahr, dass dort ansässige Unternehmen durch zu hohe Umwelt- und Sozialstandards ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren.<sup>8</sup>

Sollte die EU noch umfassendere wertegebundene Anforderungen an ihre Handelspartner stellen, läuft sie Gefahr, einen Ruf als schwieriger Partner zu erlangen und einige Länder zu verprellen. Bereits jetzt erschweren immer wieder innenpolitische Erwägungen in einzelnen Mitgliedstaaten den erfolgreichen Abschluss von Freihandelsabkommen. Im Hinblick auf Länder wie Indien, mit dem man in diesem Jahr erst wieder die 2013 auf Eis gelegten Verhandlungen aufgenommen hat, stellt sich somit die Frage, ob ein etwaiger Abschluss eines Freihandelsabkommens überhaupt realistisch ist und wie viele Jahre bis dahin verstreichen würden. Dies vor allem, wenn künftig im Vergleich zu den Verhandlungsrunden vor 2013 verstärkt Nachhaltigkeitsaspekte und soziale Fragen im Vordergrund stehen.

EU läuft Gefahr, einen Ruf als schwieriger Partner zu erlangen und einige Länder zu verprellen.

## Die EU hat viel zu verlieren

Das Nichtzustandekommen neuer Freihandelsabkommen würde die Interessen der EU und Deutschlands gleich mehrfach unterminieren: Mit Blick auf die Argumentation vieler Freihandelsgegner gilt es anzumerken, dass die EU ohne Abkommen noch weniger Einflussmöglichkeiten in den Partnerstaaten hätte, um Standards zu fördern. Auch ein nicht perfektes Abkommen kann schließlich mehr ausrichten als kein Abkommen. Darüber hinaus ist die Grundlage für höhere Standards im Umwelt- und Sozialbereich in der Regel eine solide wirtschaftliche Basis, die es zunächst auch über den Freihandel zu legen gilt. Zudem würde die EU ohne Abkommen in dem Partnerland beziehungsweise der Region eine Lücke hinterlassen, in die andere Länder gewillt sein werden, vorzustoßen. Diese Staaten könnten dann ihrerseits Standards etablieren, die die der EU womöglich deutlich unterlaufen, und dort Geschäfte zu Konditionen treiben, die der EU verwehrt bleiben. Zudem würden sich durch weiter bestehende Zölle und schlechtere Investitionsbedingungen dauerhaft wirtschaftliche Verluste in Milliardenhöhe ergeben. Des Weiteren würde die EU zum Beispiel mit Blick auf Indien, Australien und Neuseeland die Chance verpassen, wichtige Partner in der Region enger an sich zu binden. Gerade mit diesen Ländern könnte die EU gemeinsam für eine regelbasierte Welthandelsordnung eintreten und ihre Handelsbeziehungen im Indo-Pazifik angesichts der äußerst starken wirtschaftlichen Verflechtung mit dem für die EU zunehmend komplizierter werdenden China auf eine breitere Basis stellen.

Ohne Freihandelsabkommen weniger Einflussmöglichkeiten

Durch Freihandelsabkommen wichtige Partner enger an EU binden

## Wofür sich Deutschland innerhalb der EU einsetzen sollte

Einige jüngere Entwicklungen haben die Debatte über die handelspolitischen Interessen der EU im Indo-Pazifik noch einmal angefacht. So kollidierte Mitte September 2021 die Bekanntmachung eines Strategiepapiers der EU-Kommission zur Kooperation im Indo-Pazifik mit der Ankündigung des neuen Sicherheitsbündnisses AUKUS zwischen Australien, Großbritannien und den USA und der damit einhergehenden Entscheidung Australiens, zugunsten von atomgetriebenen U-Booten aus US-amerikanischer und britischer Produktion einen Vertrag zum Kauf konventioneller französischer U-Boote aufzukündigen. In ihrem Strategiepapier beschreibt die Kommission, dass sie unter anderem mit weiteren Handels- und Partnerschaftsabkommen ihren Einfluss im Indo-Pazifik ausbauen wolle.<sup>9</sup> Der Unmut über den geplatzten U-Boot-Deal sorgte auf französischer Seite jedoch dafür, dass man androhte, die Verhandlungen über das EU-Freihandelsabkommen mit Australien auf Eis zu legen.<sup>10</sup> Obwohl die EU-Kommission die Verhandlungen führt, wäre mit einer Fortsetzung der Gesprächsrunden im Falle französischen Widerstandes kaum zu rechnen. Da aber auch Frankreich von den Abkommen profitieren würde, wird sich Paris längerfristig wohl kaum dagegenstellen.

Mit dem Strategiepapier hat die EU-Kommission bereits die richtige Richtung für ein stärkeres Engagement und eine erhöhte Präsenz im Indo-Pazifik vorgegeben. Der handelspolitische Teil des Papiers ist auch als Reaktion auf die geringe Beachtung der Region in dem Entwurf zur neuen Handelsstrategie der EU-Kommission zu sehen. In diesem Bereich sollte der Fokus der EU auf einem zügigen Abschluss der Verhandlungen mit den Wertepartnern Australien und Neuseeland liegen. Deutschland sollte sich ungeachtet der Verstimmung über das AUKUS-Bündnis in Brüssel – und falls notwendig in Paris – dafür einsetzen, dass man mit Australien Fortschritte am Verhandlungstisch erzielt. Vor wenigen Monaten erst hat Deutschland mit Australien eine vertiefte strategische Partnerschaft sowie eine Absichtserklärung zur Gründung eines deutsch-australischen Wasserstoffakkords unterzeichnet. Deutschland wird bei der Energiewende und dem Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft stark auf Allianzen und Importe grünen Wasserstoffs angewiesen sein. Australien ist ein prädestinierter Partner, mit dem man zudem fundamentale Werte und Interessen teilt und auch im sicherheitspolitischen Bereich immer enger zusammenarbeitet.

Zügigen Abschluss der Verhandlungen mit Wertepartnern Australien und Neuseeland anstreben

Ein weiterer wichtiger Partner in der Region ist der ASEAN-Verbund – die bedeutendste Regionalorganisation im Indo-Pazifik. Deutschland sieht in ASEAN einen verheißungsvollen Partner, wenn es darum geht, für eine inklusive, multilaterale Weltordnung einzutreten und mit dem man sicherheitspolitische Herausforderungen sowie den Kampf gegen den Klimawandel angehen kann. Gleichzeitig sind die ASEAN-Staaten wichtige Handelspartner, die man enger an sich binden möchte. Langfristig strebt die EU ein bi-regionales Freihandelsabkommen mit dem gesamten ASEAN-Staatenbund an, aber zunächst möchte man mit den einzelnen Mitgliedsstaaten Abkommen schließen. Während dies mit Singapur und Vietnam bereits gelang, gestalteten sich die Verhandlungen mit Malaysia, Thailand und den Philippinen schwieriger und wurden später auf Eis gelegt. Dass die Kommission die Wiederaufnahme von Gesprächen prüfen will, ist ein positives Signal.

Langfristiges Ziel der EU ist ein bi-regionales Freihandelsabkommen mit ASEAN.

Mit Blick auf Chinas dominante Rolle in der Region, die im Handelsbereich durch den Abschluss von RCEP noch einmal untermauert wurde, wäre ein bi-regionales Freihandelsabkommen zwischen der EU und ASEAN wichtig, wenn Europa geoökonomisch noch präsenter in der Region sein möchte. Einige Expertinnen und Experten regten bereits an, die EU solle sich auch um eine Aufnahme in die neue Transpazifische Partnerschaft CPTPP bemühen. CPTPP gilt als fortschrittliches Abkommen, das eine fast vollständige Liberalisierung des Industrie- und Warenhandels ermöglicht und hohe Standards aufweist. Mit Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea, Singapur und Kanada finden sich zahlreiche Wertepartner der EU in dem Abkommen wieder, mit denen man für eine regelbasierte Welthandelsordnung eintreten könnte und zum Teil bereits über bilaterale Handelsabkommen verbunden ist.<sup>11</sup> Grundsätzlich fußt das Bündnis auch auf dem inoffiziellen Ansatz, Chinas staatlich subventioniertem außenwirtschaftlichen Konzept ein regelbasiertes Modell entgegenzusetzen und somit den Druck auf das Land zu erhöhen, sich selbst zu dieser Handelsordnung zu verpflichten. Inzwischen hat zwar auch China einen Antrag auf Aufnahme in CPTPP gestellt, allerdings erscheint eine Aufnahme aufgrund der beschriebenen Ausrichtung und der hohen Standards des Bündnisses zumindest in naher Zukunft unwahrscheinlich. Derzeit scheint die EU die Entwicklungen um CPTPP lediglich aus der Ferne zu beobachten, aber sie sollte dem Abkommen durchaus größere Beachtung schenken und die Idee einer Teilnahme oder zumindest engeren Verständigung über gemeinsame Interessen und Ansätze im Welthandelssystem prüfen. Im Hinblick auf den Umgang mit China liegen die EU und CPTPP nah beieinander.

EU sollte CPTPP größere Beachtung schenken.

## Schlussfolgerungen für Deutschland und die EU

Grundsätzlich muss sich die EU und somit auch Deutschland die Frage stellen, welchen primären Zweck sie mit ihrer Handelspolitik verfolgen möchte: Geht es darum, Handel zu betreiben und dadurch den Wohlstand auf beiden Seiten zu vergrößern, oder möchte man europäische Werte und Standards in der Welt verbreiten? Die festgefahrenen Verhandlungen mit zahlreichen Partnern deuten darauf hin, dass der Versuch, beides über Freihandelsabkommen unter einen Hut zu bringen, immer schwieriger wird. Vor diesem Hintergrund sollte der Vorschlag der Kommission zur Handelsstrategie kritisch hinterfragt werden. Dass es hierzu noch weiteren Gesprächsbedarf gibt, wurde dadurch deutlich, dass der EU-Handelsministerrat sich im Mai dieses Jahres nicht auf die Ratschlussfolgerungen zur Handelsstrategie einigen konnte. Obwohl nicht der starke Nachhaltigkeitsfokus oder die mangelnde Erwähnung Asiens im Zentrum der Diskussion standen, sollte die Bundesregierung im Rahmen der weiteren Gespräche zumindest auf entsprechende Defizite oder Probleme hinweisen.

Generell sollte die EU einen pragmatischeren Ansatz bei der Aushandlung von Freihandelsabkommen verfolgen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Handel aufrechtzuerhalten. Dies umfasst zum einen, dass eine Überfrachtung der Handelspolitik mit Themen vermieden wird, die nicht unmittelbar mit Handel in Verbindung stehen. Auch die TTIP-Verhandlungen mit den USA sind hieran gescheitert. Um umfangreiche Abkommen schneller zu verhandeln, wäre es besser, sie in kleinere Teilabkommen aufzuspalten. Nach Inkrafttreten eines Teilabkommens könnte man den nächsten Themenkomplex verhandeln. Zum anderen ist eine realistische Analyse des Entwicklungsgrades, der Wettbewerbsfähigkeit sowie der politischen Gegebenheiten der jeweiligen Partnerländer notwendig. So könnten im Falle von Abkommen mit Industrieländern und Wertepartnern wie Australien durchaus höhere Standards festgeschrieben werden, während mit Blick auf Schwellenländer wie Indien größere Zugeständnisse gemacht werden müssten. Dies würde jedoch voraussetzen, dass die von der EU-Kommission definierten Nachhaltigkeitsbestrebungen im Handel flexibler gehandhabt werden. Wichtiger wäre im Hinblick auf die Nachhaltigkeit des Handels, wenn sich Deutschland dafür einsetzt, dass im Rahmen der WTO an Regeln gearbeitet wird, die den Welthandel nachhaltiger gestalten, zum Beispiel beim Thema CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Dadurch könnten Wettbewerbsnachteile für Deutschland und die EU verhindert werden.

Ungeachtet der Qualität und Tiefe des Abkommens zeigt der RCEP-Abschluss, dass andere Länder trotz zum Teil bestehender politischer Konflikte pragmatisch zueinander finden können, wenn es um Handelsbeziehungen geht. Die EU kann sich nicht erlauben, diesen Entwicklungen hinterherzuhinken, sonst droht sie im internationalen Wettbewerb ins Hintertreffen zu geraten. Deutschland sollte seine herausgehobene Position innerhalb der EU nutzen, um für einen entsprechenden Pragmatismus zu werben. Schließlich ist kaum ein anderes EU-Land so vom Handel abhängig wie Deutschland. Jeder vierte Arbeitsplatz hierzulande hängt vom Export ab.<sup>12</sup> Neben den wirtschaftlichen Interessen sollte aber auch die von der Bundesregierung verfolgte Absicht, präserter im Indo-Pazifik zu sein, Ansporn sein, beim Freihandel größere und schnellere Fortschritte zu erzielen. Schließlich kann die EU als drittgrößte Volkswirtschaft mit dem größten Binnenmarkt der Welt insbesondere mit ihrer wirtschaftlichen Stärke punkten. Bündnisse wie CPTPP sollten auch mit Blick auf eine eigene mögliche Beteiligung analysiert werden und die Verstimmung über AUKUS nicht dazu führen, dass man ein im eigenen Interesse liegendes Freihandelsabkommen infrage stellt.

Für welche Ausrichtung der europäischen Handelspolitik Deutschland künftig einstehen wird, hängt zum großen Teil auch von der neuen Bundesregierung ab. Dass einzelne Parteien Freihandelsabkommen grundsätzlich eher skeptisch gegenüberstehen, ist hinlänglich

EU sollte einen pragmatischen Ansatz in der Handelspolitik verfolgen.

EU kann sich nicht erlauben, im internationalen Wettbewerb ins Hintertreffen zu geraten.

bekannt. Ideen wie die, das Pariser Klimaabkommen in Freihandelsabkommen einklagbar zu machen, würden die Attraktivität der EU als Handelspartner deutlich mindern und Partnerländer abschrecken. Daher sollten entsprechende Bestrebungen verworfen werden. Die neue Bundesregierung sollte sich hierzu auch in der EU klar positionieren und verdeutlichen, dass solche Schritte nicht nur den Wohlstand Deutschlands und der EU, sondern auch der Partnerländer gefährden. Auch der Umwelt sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wäre nicht geholfen, wenn Abkommen nicht mehr zustande kommen und somit die wirtschaftliche Grundlage für Verbesserungen in diesen Bereichen fehlt oder die Standards der Abkommen so hoch sind, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Länder darunter leidet. Im Interesse aller am Handel Beteiligter muss die EU in ihrer Handelspolitik daher wieder mehr Pragmatismus und Realismus gegenüber den geoökonomischen Entwicklungen und Gegebenheiten demonstrieren.

- 
- 1 Da die EU in der Außenhandelspolitik weitreichende Kompetenzen besitzt, zielt dieses dritte Papier in der Reihe „Deutschlands Engagement im Indo-Pazifik“ des AK Junge Außenpolitiker in erster Linie auf die EU-Ebene.
  - 2 Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021): *Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland*. Online unter: [https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?__blob=publicationFile) (zuletzt abgerufen am 19.10.2021).
  - 3 Europäische Kommission (2020): *Trade: First Year of the EU-Japan Economic Partnership Agreement Shows Growth in EU Exports*. Online unter: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_20\\_161](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_161) (zuletzt abgerufen am 19.10.2021).
  - 4 Europäische Kommission (2021): *EU-Republic of Korea Trade Grows Twice as Fast under Trade Agreement*. Online unter: <https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2285> (zuletzt abgerufen am 19.10.2021).
  - 5 Frank Robaschik, Germany Trade and Invest (2021): *Südkorea bleibt zweitgrößter Abnehmer deutscher Waren in Asien*. Online unter: <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/bericht-wirtschaftsumfeld/suedkorea/suedkorea-bleibt-zweitgroesster-abnehmer-deutscher-waren-in-asien-692362> (zuletzt abgerufen am 19.10.2021).
  - 6 Europäische Kommission: *Countries and Regions – South Korea*. Online unter: <https://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/south-korea/> (zuletzt abgerufen am 19.10.2021).
  - 7 Auswärtiges Amt (2020): *Leitlinien zum Indo-Pazifik*. Online unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf> (zuletzt abgerufen am 19.10.2021).
  - 8 Vgl. Axel Berger (2019): *Globale Wertschöpfung, globale Verantwortung?*, Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Globale+Wertscho%CC%88pfung%2C+globale+Verantwortung.pdf/90d5a88f-25bc-2c18-dd29-da8491216f29?version=1.2&t=1616103632594> (zuletzt abgerufen am 19.10.2021).
  - 9 Deutsche Welle (2021): *EU will mehr Einfluss im Indopazifik*. Online unter: <https://www.dw.com/de/eu-will-mehr-einfluss-im-indopazifik/a-59206358> (zuletzt abgerufen am 19.10.2021).
  - 10 Diksha Madhok, CNN Business (2021): *French Submarine Dispute Could Torpedo EU-Australia Trade Talks*. Online unter: <https://edition.cnn.com/2021/09/20/business/france-australia-europe-trade-deal/index.html> (zuletzt abgerufen am 19.10.2021).
  - 11 Hans Günther Hilpert, Stiftung Wissenschaft und Politik (2021): *Neue Handelsabkommen in Asien*. Online unter: <https://www.swp-berlin.org/publikation/neue-handelsabkommen-in-asien> (zuletzt abgerufen am 19.10.2021).
  - 12 Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021): *Außenhandel*. Online unter: [https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/_inhalt.html) (zuletzt abgerufen am 19.10.2021).

## Impressum

### Der Autor

**Alexander Badenheim** ist Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Stefan Rouenhoff, MdB.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### Daniela Braun

Referentin für Außen-  
und Sicherheitspolitik  
Analyse und Beratung  
T +49 30 / 26 996-3399  
[daniela.braun@kas.de](mailto:daniela.braun@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, Berlin  
Gestaltung & Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR  
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-98574-021-5



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite  
© golero/iStock by Getty Images